



**Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“**

**Sozialdatenstatistik 2016**

# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis .....	2
I. Vorbemerkung .....	3
II. Zusammenfassung Deutschland .....	4
III. Deutschland - Daten 2016 .....	7
IV. Zusammenfassung Länder .....	12
V. Länder – Daten 2016 .....	16
VI. Tabellenverzeichnis .....	36

# I. Vorbemerkung

Die Sozialdatenstatistik erhebt Daten über die Hilfeleistungen aus den Finanzmitteln der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. Sie erfasst bei den Anträgen und Bewilligungen jede Schwangerschaft nur einmal (Erstantrag pro Schwangerschaft).

Für jedes Land gibt es einen zentralen Zuweisungsempfänger der Bundesstiftung. In elf Ländern ist es jeweils eine Stiftung des Landes zur Unterstützung und Hilfe für Mütter und Familien, in fünf Ländern – Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland – sind es Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden.

Die Mittel der Bundesstiftung werden anteilig nach dem Bevölkerungsschlüssel auf alle Länder verteilt. In jedem einzelnen Land beeinflussen mehrere Faktoren die Höhe der errechneten durchschnittlichen Zuschussbeträge aus den Mitteln der Bundesstiftung: die Gesamtzahl der Hilfeempfangenden, ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung, sowie das verfügbare Budget aus den Stiftungsmitteln.

Die Länder unterscheiden sich grundsätzlich auch durch ihre Wirtschaftsstruktur, den Lebensstandard und die Lebenshaltungskosten. Die bundesweit bestehenden Abweichungen zwischen den gewährten Zuschussbeträgen in den Ländern beruhen vor allem auf den regional zum Teil unterschiedlichen Lebensverhältnissen.

Das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens" in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1993 (BGBl. I S. 406), zuletzt geändert durch Artikel 46 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (BGBl. I S. 1594), und die Richtlinien der Bundesstiftung über die Vergabe und Verwendung der Stiftungsmittel in der Fassung vom 24. Mai 2007, zuletzt geändert am 17. Februar 2016, geben den verbindlichen rechtlichen Rahmen für die Verfahrenspraxis der zentralen 16 Zuweisungsempfänger vor. Unter Beachtung dieser Vorgaben und der verfügbaren Stiftungsmittel sind für die ergänzenden Hilfen der Bundesstiftung die individuellen Notlagen der Schwangeren und Mütter maßgebend.

Die Zuweisungsempfänger in den Ländern und die Schwangerschaftsberatungsstellen vor Ort richten ihre Antrags- und Bearbeitungspraxis im laufenden Kalenderjahr kontinuierlich daran aus, das gedeckelte Budget und die konkreten Beratungsfälle optimal in Einklang zu bringen. Die Zahlen der Antragstellerinnen ebenso wie die der positiv beschiedenen Hilfeempfangenden geben daher nur einen ungefähren Eindruck von der tatsächlichen Notsituation Schwangerer, auf die die Zweckbindung der Stiftungsmittel Anwendung findet, wider.

## II. Zusammenfassung Deutschland

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2016 **792 131** Lebendgeburten. Im Vergleich zum Vorjahr (737 575 Geburten) ist damit die Geburtenzahl um **7,40 %** gestiegen. Die Steigerung fiel somit deutlich höher aus als in den Vorjahren: von 2014 auf 2015 wurde ein Anstieg um 3,17 % verzeichnet, im Jahr davor um 4,82 %. Die Steigerung bleibt aber gegenüber 2013 (1,27 %) und 2012 (1,64 %) auf hohem Niveau.

Die Zahl der **Antragstellerinnen** auf Leistungen aus Mitteln der Bundesstiftung hat sich in 2016 nochmals deutlich erhöht und zwar sehr viel stärker als im Vorjahr, nämlich um 14,0 % auf **172 477** (2015 um 4,3 %). Die Zahl der tatsächlichen **Hilfeempfängerinnen** ist sogar noch stärker angestiegen: um 14,4 % auf **156 682** (2015 um 3,7 %). Die Bewilligungsquote hat sich dadurch wieder um 1 Prozentpunkt auf 91 % erhöht (Tabelle 1). Wie aus Tabelle 21 ersichtlich ist, hat sich zeitgleich der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die sich im Asylbewerberleistungsbezug befanden, in manchen Ländern nahezu verdoppelt, so dass ein Teil des Anstiegs mit den gestiegenen Flüchtlingszahlen korrespondiert.

Der prozentuale Anteil der schwangeren Frauen, die von der Bundesstiftung finanziell unterstützt wurden, betrug Ausgehend von der Zahl der Lebendgeburten, in 2016 19,8 % (2015 18,6 %). Somit wurde auch im Jahr 2016 annähernd **jede fünfte Schwangere** von der Bundesstiftung Mutter und Kind unterstützt.<sup>1</sup>

Bei den Altersgruppen der Hilfeempfängerinnen gab es in 2016 keine Änderung gegenüber dem Vorjahr. Der Anteil der **volljährigen Hilfeempfängerinnen** lag konstant bei 98 % (Tabelle 2).

Der **wirtschaftliche Status** der Hilfeempfängerinnen (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt) hat sich gegenüber den Vorjahren erneut verändert. Den stärksten Anstieg gab es wieder bei den Hilfeempfängerinnen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhielten: Deren Anteil erhöhte sich von 9 auf 17 %. Im Gegenzug verringerten sich die Anteile Hilfeempfängerinnen mit anderen Einkommensarten. Um jeweils einen Prozentpunkt sind die prozentualen Anteile folgender Hilfeempfängerinnen gefallen: der Bezieherinnen von Leistungen nach SGB III (auf 2 %), derjenigen, die Leistungen nach BAFöG und Ausbildungsvergütung erhielten (auf 2 %) sowie der prozentuale Anteil der Bezieherinnen sonstiger Sozialleistungen (auf 4 %). Der prozentuale Anteil der Bezieherinnen von Leistungen nach SGB II und XII sank um 2 Prozentpunkte (auf 45 %) und derjenigen, die Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit bezogen, verringerte sich sogar um 3 Prozentpunkte (auf 20 %). Nur der prozentuale Anteil der Hilfeempfängerinnen, die weder über eigenes Ein-

<sup>1</sup> Dieser Wert stellt jedoch nur eine Annäherung dar, da zum einen Bewilligungen für Kinder, die in 2016 geboren wurden, zum Teil bereits in 2015 erfolgt sind und zum anderen Kinder, für die noch in 2016 Bewilligungen ausgesprochen wurden, erst in 2017 geboren wurden.

kommen verfügten und auch keine Sozialleistungen erhielten, blieb konstant bei 10 % (Tabelle 3).

Wie bereits in den beiden Vorjahren gab es auch 2016 wieder eine deutliche Verschiebung bei der **Staatsangehörigkeit** der Hilfeempfängerinnen, nun sogar um jeweils 10 Prozentpunkte. Der Anteil der Hilfeempfängerinnen mit deutscher Staatsangehörigkeit verringerte sich von 59 auf nun 49 %. Entsprechend stieg der prozentuale Anteil ausländischer Hilfeempfängerinnen von 41 auf 51 % an und macht damit erstmals mehr als die Hälfte aus (Tabelle 4). Die starke Veränderung wird von der Bundesstiftung auf die seit Mitte 2015 zunehmende Zahl von Anträgen schwangerer Flüchtlinge zurückgeführt. Dass aber auch vorher knapp 30 % der Hilfeempfängerinnen eine ausländische Staatsangehörigkeit besaßen, zeigt, dass schwangere Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit überproportional häufiger von Notlagen betroffen sind, denn der Ausländeranteil in Deutschland lag 2016 insgesamt nur bei rund 11 %<sup>2</sup>.

Auch hinsichtlich des Zeitpunkts der Antragstellung gab es 2016 leichte Veränderungen. Nach wie vor wurden die Hilfen der Bundesstiftung von den Hilfeempfängerinnen auch in 2016 ganz überwiegend nach der 12. **Schwangerschaftswoche** beantragt. Im Berichtsjahr stieg jedoch der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die ihren Antrag nach der 20. Schwangerschaftswoche stellten, um 4 Prozentpunkte auf 67 %. Zugleich sank der Anteil der zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche gestellten Anträge um 3 Prozentpunkte auf 28 %. Und auch der Anteil der Antragstellungen bis zur 12. Schwangerschaftswoche ging um einen Prozentpunkt zurück (Tabelle 5).

2016 gab es erneut eine Verschiebung bei den **Lebensformen** der Hilfeempfängerinnen. Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil derjenigen, die nach eigenen Angaben in ehelicher Gemeinschaft lebten, um weitere 7 Prozentpunkte auf 50 % angestiegen. Das ist der höchste Wert seit 2007. Korrespondierend sank der Anteil der (zum Teil auch im elterlichen Haushalt) Alleinlebenden um 4 Prozentpunkte auf 33 % und der prozentuale Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen ging um 3 Prozentpunkte auf 17 % zurück (Tabelle 6).

Die Anzahl der bei der Bundesstiftung **mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen** hat sich im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um 11 verringert. Insgesamt wirkten somit 1 254 Beratungsstellen bei der Antragstellung auf Bundesstiftungsmittel mit. Davon befinden sich etwa 82 % in freier Trägerschaft (Tabelle 7).

Bei der Gesamtzahl von **156 682 Hilfeempfängerinnen** in Deutschland betrug 2016 der **statische Durchschnittswert einer Bewilligung 634 Euro** und war somit um 35 Euro niedriger als im Vorjahr. Das entspricht einer Verringerung um 5,2 % (Tabelle 9). Und dies trotz erneuter Sonderausschüttung in Höhe von 1,2 Mio. Euro aus dem Stiftungsvermögen. Die Verringerung

---

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 2, 2017.

des Durchschnittsbetrags trotz Erhöhung der Mittel erklärt sich damit, dass die Mittel (Anstieg um 1,3 %) nicht im gleichen Verhältnis wie die Bewilligungszahlen (Anstieg um 14,4 %) gestiegen sind.

In den Ländern zeigten sich wieder deutliche Unterschiede (Tabelle 29). Einen prozentualen Rückgang des Durchschnittsbetrages gab es 2016 in 12 Ländern, den größten mit 24,5 % im Saarland, gefolgt von Hessen mit 14,0 % und Niedersachsen mit 13,8 %.

Der stärkste Anstieg des statistisch durchschnittlich bewilligten Betrages war 2016 mit 8,3 % in Mecklenburg-Vorpommern zu verzeichnen, gefolgt von Baden-Württemberg mit 5,7 % und Brandenburg mit 3,9 %.

Wieder ist Bremen das Bundesland mit dem geringsten Durchschnittsbetrag, der mit nur 381 Euro nochmals sank (2015: 395 Euro, 2014: 450 Euro, 2013: 463 Euro). Den zweitniedrigsten Wert verzeichnete in 2016 Schleswig-Holstein mit 465 Euro, gefolgt von Niedersachsen mit 470 Euro. Lag 2015 der zweitniedrigste Wert noch über 500 Euro, sind in 2016 die Durchschnittswerte in fünf Ländern unter dieser Schwelle zu verzeichnen. Den höchsten Durchschnittsbetrag gab es auch 2016 wieder in Bayern mit 1 109 Euro und ist damit dort um 101 Euro zurückgegangen. Es folgen Rheinland-Pfalz mit 829 Euro und Baden-Württemberg mit 802 Euro. Insgesamt liegt der Durchschnittsbetrag in sechs Ländern über dem Bundesdurchschnitt und in zehn darunter.

Bei der **Verteilung der Bewilligungen nach Beträgen pro Erstbewilligung** gab es 2016 erneut Verschiebungen. Der Anteil der Bewilligungen über 1 500 Euro ist wieder auf 1 % der Fälle zurückgegangen und bleibt mit Abstand der geringste Anteil. Am häufigsten wurden wieder Beträge zwischen 300 und 600 Euro bewilligt (51 %). Obgleich sich die Reihenfolge nicht geändert hat, haben sich aber die Gewichtungen bei den anderen Kategorien verändert: Beträge zwischen 600 und 1 000 Euro wurden nur noch in 23 % der Fälle vergeben. Das entspricht einem Rückgang um 8 Prozentpunkte. Im Gegenzug stieg der Anteil der bis 300 Euro bewilligten Beträge um 5 Prozentpunkte auf 15 %. Das ist der höchste Wert in den letzten zehn Jahren und spiegelt den Rückgang der durchschnittlichen Bewilligungssumme wider. Gleichzeitig stieg aber auch der Anteil der Bewilligungen zwischen 1 000 und 1 500 Euro, allerdings um nur 3 Prozentpunkte auf 10 % (Tabelle 10).

### III. Deutschland - Daten 2016

Endgültige Geburtenzahl: 792 131 (2014: 737 575)  
(Statistischen Bundesamt auf [www.destatis.de](http://www.destatis.de))

**Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland**

	Antragstellerinnen	Hilfeempfängerinnen
2007	160 521 (100 %)	147 688 (92 %)
Veränderung 2006/2007	- 1,2 %	- 0,9 %
2008	156 458 (100 %)	145 119 (93 %)
Veränderung 2007/2008	- 2,5 %	- 1,7 %
2009	158 215 (100 %)	145 273 (92 %)
Veränderung 2008/2009	+ 1,1 %	+ 0,1 %
2010	156 536 (100 %)	144 958 (93 %)
Veränderung 2009/2010	- 1 %	- 0,2 %
2011	144 504 (100 %)	132 359 (92 %)
Veränderung 2010/2011	- 7,7 %	- 8,7 %
2012	143 246 (100 %)	130 464 (91 %)
Veränderung 2011/2012	- 0,9 %	- 1,4 %
2013	144 775 (100 %)	132 639 (92 %)
Veränderung 2012/2013	+ 1,1 %	+ 1,7 %
2014	145 015 (100 %)	132 049 (91 %)
Veränderung 2013/2014	+ 0,2 %	- 0,4 %
2015	151 313 (100 %)	136 938 (90 %)
Veränderung 2014/2015	+ 4,3 %	+ 3,7 %
2016	172 477 (100 %)	156 682 (91 %)
Veränderung 2015/2016	14,0 %	14,4 %

**Tabelle 2: Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland**

Alter der Hilfeempfängerin	unter 14 Jahre	14 bis 18 Jahre	über 18 Jahre
2007	37 (0 %)	4 589 (3 %)	143 062 (97 %)
2008	47 (0 %)	4 431 (3 %)	140 510 (97 %)
2009	54 (0 %)	3 984 (3 %)	141 235 (97 %)
2010	44 (0 %)	3 835 (3 %)	141 079 (97 %)
2011	39 (0 %)	3 344 (3 %)	128 976 (97 %)
2012	41 (0 %)	3 316 (3 %)	127 107 (97 %)
2013	43 (0 %)	3 650 (3 %)	128 946 (97 %)
2014	25 (0 %)	3 313 (3 %)	128 711 (97 %)
2015	34 (0 %)	3 305 (2 %)	133 599 (98 %)
2016	56 (0 %)	3 587 (2 %)	153 039 (98 %)

**Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen (HiE) in Deutschland**

Status der HiE	Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit	Leistungen nach SGB III	Leistungen nach BAFöG, Ausbildungsvergütung	Leistungen nach SGB II und XII	Leistungen nach AsylbLG <sup>3</sup>	Sonstige Sozialleistungen	Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen
2007 <sup>4</sup>	33 138 (22 %)	5 729 (4 %)	6 266 (4 %)	75 472 (51 %)	2.507 (2 %)	3 443 (2 %)	21 133 (14 %)
2008	35 264 (24 %)	7 252 (5 %)	6 281 (4 %)	71 517 (49 %)	2.141 (1 %)	3 790 (3 %)	18 874 (13 %)
2009	35 647 (25 %)	7 303 (5 %)	6 686 (5 %)	70 610 (49 %)	2.081 (1 %)	4 030 (3 %)	18 916 (13 %)
2010	35 495 (24 %)	6 835 (5 %)	6 755 (5 %)	70 813 (49 %)	2.179 (2 %)	4 335 (3 %)	18 546 (13 %)
2011	33 397 (25 %)	5 883 (4 %)	6 299 (5 %)	63 423 (48 %)	2.558 (2 %)	3 935 (3 %)	16 864 (13 %)
2012	34 113 (26 %)	5 721 (4 %)	6 029 (5 %)	61 410 (47 %)	2.850 (2 %)	4 587 (4 %)	15 754 (12 %)
2013	33 595 (25 %)	5 650 (4 %)	5 633 (4 %)	62 161 (47 %)	3.836 (3 %)	4 448 (3 %)	17 316 (13 %)
2014	31 464 (24 %)	5 063 (4 %)	5 486 (4 %)	62 770 (48 %)	6 684 (5 %)	4 615 (3 %)	15 967 (12 %)
2015	31 034 (23 %)	3 977 (3 %)	4 598 (3 %)	64 100 (47 %)	13 009 (9 %)	6 314 (5 %)	13 906 (10 %)
2016	31 493 (20 %)	3 830 (2 %)	3 511 (2 %)	69 929 (45 %)	26 239 (17 %)	6 562 (4 %)	15 118 (10 %)

<sup>3</sup> Die Spalte „Leistungen nach dem AsylbLG“ ist erstmals im Berichtsjahr 2015 in den Bericht aufgenommen worden.

<sup>4</sup> Die bayerische Statistik fasste 2006 und 2007 die Leistungen nach dem SGB II und XII und den Leistungen nach den SGB III zusammen. Insoweit sind die Deutschland-Daten 2006 und 2007 hier nur eingeschränkt verwertbar. Eine Umstellung der bayerischen Statistik ist zum 1. Januar 2008 vorgenommen worden.



**Tabelle 4: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen in Deutschland**

<b>Staatsangehörigkeit</b>	<b>Deutsche</b>	<b>Ausländerinnen</b>
2007	107 143 (73 %)	40 545 (27 %)
2008	107 436 (74 %)	37 683 (26 %)
2009	107 048 (74 %)	38 225 (26 %)
2010	105 686 (73 %)	39 270 (27 %)
2011	95 539 (72 %)	36 820 (28 %)
2012	93 785 (72 %)	36 682 (28 %)
2013	92 026 (69 %)	40 613 (31 %)
2014	86 768 (66 %)	45 281 (34 %)
2015	81 064 (59 %)	55 874 (41 %)
2016	76 991 (49 %)	79 691 (51 %)

**Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland**

<b>Schwangerschaftswoche</b>	<b>1. bis 12. Woche</b>	<b>13. bis 20. Woche</b>	<b>Nach der 20. Woche</b>
2007	11 989 (8 %)	44 657 (30 %)	91 042 (62 %)
2008	11 441 (8 %)	44 424 (31 %)	89 254 (62 %)
2009	10 949 (7 %)	44 690 (31 %)	89 634 (62 %)
2010	10 886 (8 %)	45 381 (31 %)	88 691 (61 %)
2011	9 535 (7 %)	41 376 (31 %)	81 448 (62 %)
2012	9 135 (7 %)	40 554 (31 %)	80 775 (62 %)
2013	8 759 (7 %)	40 861 (31 %)	83 019 (62 %)
2014	7 916 (6 %)	40 051 (30 %)	84 082 (64 %)
2015	7 802 (6 %)	42 103 (31 %)	87 033 (63 %)
2016	8 165 (5 %)	43 579 (28 %)	104 938 (67 %)

**Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland**

<b>Lebensform der Hilfeempfängerin</b>	<b>In ehelicher Gemeinschaft lebend</b>	<b>Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)</b>	<b>In eheähnlicher Gemeinschaft lebend</b>
2007	64 426 (44%)	52 566 (36%)	30 696 (21 %)
2008	59 395 (41 %)	54 864 (38 %)	30 862 (21 %)
2009	60 083 (41 %)	52 930 (37 %)	32 260 (22 %)
2010	59 033 (41 %)	54 602 (38 %)	31 323 (22 %)
2011	52 603 (40 %)	50 664 (38 %)	29 092 (22 %)
2012	51 351 (39 %)	50 541 (39 %)	28 572 (22 %)
2013	52 253 (39 %)	51 710 (39 %)	28 676 (22 %)
2014	52 938 (40 %)	50 508 (38 %)	28 603 (22 %)
2015	59 373 (43 %)	50 678 (37 %)	26 887 (20 %)
2016	78 128 (50 %)	52 130 (33 %)	26 424 (17 %)

**Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen**

Anzahl	Schwangerschaftsberatungsstellen	Freie Trägerschaft	Staatlich / kommunale Trägerschaft
2007	1 279	1 013	266
Veränderung 2006/2007	+ 0,6 %	+ 0,9 %	+ 1 %
2008	1 275	1 018	257
Veränderung 2007/2008	- 0,3 %	+ 0,5 %	- 3,4 %
2009	1 276	1 026	250
Veränderung 2008/2009	+ 0,1 %	+ 0,8 %	- 2,7 %
2010	1 284	1 033	251
Veränderung 2009/2010	+ 0,6 %	+ 0,7 %	+ 0,4 %
2011	1 273	1 027	246
Veränderung 2010/2011	- 0,9 %	- 0,6 %	- 2,0 %
2012	1 255	1 025	230
Veränderung 2011/2012	- 1,4 %	- 0,2 %	- 6,5 %
2013	1 258	1 029	229
Veränderung 2012/2013	+ 0,2 %	+ 0,4 %	- 0,4 %
2014	1 246	1 024	222
Veränderung 2013/2014	- 1,0 %	+ 0,5 %	- 3,1 %
2015	1 265	1 043	222
Veränderung 2014/2015	+ 1,5 %	+ 1,9 %	+/- 0 %
2016	1 254	1 026	228
Veränderung 2015/2016	- 0,9 %	- 1,6 %	+ 2,7 %

**Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII**

Zur Feststellung einer Notlage im Sinne von § 2 MuKStiftG ist in § 3 der Vergaberichtlinien der Bundesstiftung eine Einkommenshöchstgrenze festgelegt (§ 53 der Abgabenordnung). Die Zuweisungsempfänger in den Ländern haben für die Festsetzung ihrer eigenen Einkommensgrenzen einen gewissen Spielraum unter Beachtung der Vorgaben der Vergaberichtlinien und des § 53 Abgabenordnung.

Wegen der länderspezifischen Unterschiede wird auf die Länder - Daten (Tabelle 28) verwiesen.

**Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland**

Durchschnittsbetrag	Für jede Hilfeempfängerin durchschnittlich
2007	606 Euro
Veränderung 2006/2008	+ 2 Euro
2008	629 Euro
Veränderung 2007/2008	+ 23 Euro
2009	649 Euro
Veränderung 2008/2009	+ 20 Euro
2010	651 Euro
Veränderung 2009/2010	+ 2 Euro
2011	682 Euro
Veränderung 2010/2011	+ 31 Euro
2012	695 Euro
Veränderung 2011/2012	+ 13 Euro
2013	692 Euro
Veränderung 2012/2013	- 3 Euro
2014	694
Veränderung 2013/2014	+ 2 Euro
2015	669
Veränderung 2014/2015	- 25 Euro
2016	634
Veränderung 2015/2016	- 35 Euro

**Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2016**

Anzahl der Erstbewilligungen	bis 300 €	bis 600 €	bis 1.000 €	bis 1.500 €	über 1.500 €
2007	17 886 (12%)	69 460 (48%)	39 111 (27%)	17 248 (12%)	1 693 (1 %)
2008	16 112 (11 %)	69 878 (48%)	40 541 (28%)	16 834 (12%)	1 752 (1 %)
2009	14 543 (10 %)	64 475 (44 %)	45 933 (32 %)	18 350 (13 %)	1 836 (1 %)
2010	13 667 (9 %)	65 610 (45 %)	46 816 (32 %)	17 351 (12 %)	1 513 (1 %)
2011	12 720 (10 %)	58 357 (44 %)	43 694 (33 %)	16 065 (12 %)	1 523 (1 %)
2012	11 143 (9 %)	58 110 (45 %)	42 134 (32 %)	17 422 (13 %)	1 655 (1 %)
2013	11 735 (9 %)	59 732 (45 %)	41 814 (32 %)	17 639 (13 %)	1 719 (1 %)
2014	11 993 (9 %)	61 595 (47 %)	41 525 (31 %)	15 042 (11 %)	1 894 (1 %)
2015	14 327 (10 %)	66 551 (49 %)	41 850 (31 %)	9 676 (7 %)	4 534 (3 %)
2016	23 550 (15 %)	80 473 (51 %)	35 877 (23 %)	14 950 (10 %)	1 832 (1 %)

**Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel**

(siehe Tabelle 31)

**Tabelle 12: Orientierungsrahmen**

(siehe Tabelle 32)

**Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt**

(siehe Tabelle 33).

## IV. Zusammenfassung Länder

Im Berichtsjahr 2016 zeigten sich, wie in den Vorjahren auch, zum Teil erhebliche **Unterschiede zwischen den Bundesländern**.

Anders als im Vorjahr ging mit dem erneuten Anstieg der insgesamt gestiegenen Anzahl der Bewilligungen 2016 eine Erhöhung der **Zahl der Hilfeempfängerinnen** in allen Bundesländern einher, jedoch in sehr unterschiedlicher Ausprägung. Die höchste prozentuale Zunahme hatte mit 58,1 % Bayern zu verzeichnen. Allerdings wurde dort 2015 ein neues EDV-System eingeführt, das zunächst zu Verzögerungen führte, die in 2016 ausglich wurden, was zu der starken Erhöhung beitrug<sup>5</sup>. Den zweitstärksten Anstieg gab es im Saarland mit 22,2 % und den drittstärksten in Rheinland-Pfalz mit 22,0 %. Den geringsten prozentualen Anstieg von Bewilligungen verzeichnete Sachsen mit 0,5 %, gefolgt von Brandenburg mit 1,1 % und Mecklenburg-Vorpommern mit 1,3 % (Tabelle 15).

Die höchste **Quote an bewilligten Anträgen** gab es auch im Jahr 2016 in Bayern. Mit 97 % blieb der Wert aber konstant. Im Saarland wurden wieder 96 % der Anträge bewilligt, in Bremen 94 %. Die niedrigste Bewilligungsquote verzeichnete 2016 Sachsen mit 83 %, wobei es einen Rückgang um 6 Prozentpunkte gab (Tabellen 14 und 15).

Der prozentuale Anteil der **Hilfeempfängerinnen über 18 Jahren** lag 2016 im Durchschnitt bei 98 %. In den Ländern reicht die Spanne von 96 bis 99 %. Für Mädchen unter 14 Jahren gab es wie in den Vorjahren nur ganz vereinzelt Bewilligungen (Tabellen 2 und 16).

Der **wirtschaftliche Status der Hilfeempfängerinnen** (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt) verbesserte sich in den meisten Bundesländern nicht. Wie stets sind aber Verschiebungen zwischen diesen Gruppen festzustellen (Tabellen 3 und 17 bis 23):

---

<sup>5</sup> Gezählt werden dort die bearbeiteten Anträge.

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit** bezogen, verringerte sich in 2016 erneut bundesweit um nun 3 Prozentpunkte auf 20 %. Die Situation in den Ländern ist zumeist ähnlich. Nur in zwei Ländern ist der Anteil dieser Gruppe gestiegen, jedoch nur um 2 Prozentpunkte in Bayern und um 4 Prozentpunkte in Thüringen. In Sachsen blieb der Anteil gleich, während er sich in den übrigen Ländern zumeist um 1 bis 5 Prozentpunkte verringerte. Den stärksten Rückgang gab es in Baden-Württemberg mit 12 Prozentpunkten, gefolgt von Brandenburg mit 7 Prozentpunkten (Tabelle 17).

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach SGB II und SGB XII** erhielten, hat sich im Bundesdurchschnitt um 2 Prozentpunkte auf 45 % verringert. In den Bundesländern beträgt er zwischen 34 % (Baden-Württemberg und Thüringen) und 66 % (Saarland). Die Schwankungen nach oben und unten sind etwas ausgeprägter als 2015 und betragen zwischen -7 und +9 Prozentpunkten. Bereits 2015 machte diese Gruppe nur noch in 15 Bundesländern den größten Anteil der Hilfeempfängerinnen aus. Nun trifft das nur noch in 14 Ländern zu. In Baden-Württemberg liegt der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit bezogen, und derjenigen, die Leistungen nach SGB II und SGB XII erhielten mit je 34 % gleich auf. In Thüringen bilden die Hilfeempfängerinnen, die Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit bezogen, die zahlenmäßig stärkste Gruppe. Ihr Anteil liegt um 10 Prozentpunkte höher als der der Leistungsbezieherinnen nach SGB II und SGB XII. (Tabelle 20).

Der Anteil der Hilfeempfängerinnen **ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen** ist im bundesdurchschnitt gegenüber 2015 unverändert geblieben. Er liegt bei 10 % und ist damit der vierthäufigste Tatbestand unter „wirtschaftlicher Status“. Nach Ländern betrachtet, blieb er in vier gleich, in fünf Ländern ist er angestiegen und in sieben gefallen. Den stärksten Anstieg gab es in Baden-Württemberg mit 6 Prozentpunkten, im Saarland ist er um ebenfalls 6 Prozentpunkte am stärksten gefallen. Obwohl er auch in Rheinland-Pfalz um 5 Prozentpunkte zurückging, ist er mit 19 % der höchste von allen Ländern und bildet dort die zweitstärkste Statusgruppe (Tabelle 22).

Kaum Veränderungen gab es auch wieder hinsichtlich des Anteils der Bezieherinnen von **BA-FöG und Ausbildungsvergütungen**. Im Bundesdurchschnitt ging er um 1 Prozentpunkt zurück. Unverändert blieb er in sieben Ländern und ist im Übrigen zwischen 1 bis 3 Prozentpunkten gefallen. Nur in Thüringen war der Rückgang mit 6 Prozentpunkten ausgeprägter (Tabelle 19).

Auch der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **sonstige Sozialleistungen** bezogen, hat sich im Bundesdurchschnitt gegenüber 2015 nur minimal um 1 Prozentpunkt vermindert. In acht Län-

dem blieb er gleich, in Bremen ist er um 1 Prozentpunkt angestiegen, in den übrigen Ländern um 1 bis 3 Prozentpunkte gefallen (Tabelle 23). Ähnliches gilt für den Anteil der Bezieherinnen von **Leistungen nach dem SGB III**. In sechs Bundesländern gab es keine Veränderung, in zehn Ländern ging er um 1 bis 2 Prozentpunkte zurück. Einen Anstieg gab es nirgends (Tabelle 18).

Beim Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** bezogen, macht sich 2016 die gestiegene Zahl der schwangeren Geflüchteten noch deutlicher bemerkbar als im Vorjahr. Im Bundesdurchschnitt ist deren Anteil deutlich von 9 auf 17 % gestiegen. Entsprechend gab es auch erneut in allen Bundesländern einen Anstieg bei dieser Gruppe zu verzeichnen, jedoch mit sehr unterschiedlichem Umfang. In Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland fiel er mit 1 Prozentpunkt am niedrigsten aus. In Hessen hat er sich auf 20 % verdoppelt. Um mehr als das Doppelte stieg der Anteil in Bayern (von 6 auf 13 %) und Thüringen (von 5 auf 11 %), aber auch in Schleswig-Holstein (von 7 auf 18 %). Ebenfalls um 11 Prozentpunkte stieg er in Baden-Württemberg (von 13 auf 24 %), wo er von allen Ländern am höchsten ist und zugleich die drittstärkste Statusgruppe bildet (Tabelle 21).

Dass weiterhin vermehrt Anträge von Geflüchteten gestellt werden, zeigt sich 2016 auch beim prozentualen Anteil der **ausländischen Hilfeempfängerinnen**. Im Bundesdurchschnitt gab es eine Steigerung um 10 Prozentpunkte (2015 um 7 Prozentpunkte) auf nun 51 % (Tabelle 4). Eine Erhöhung dieses Anteils war auch wieder in allen Bundesländern zu verzeichnen. Den höchsten Zuwachs gab es in Schleswig Holstein mit 15 Prozentpunkten. In Rheinland-Pfalz und Sachsen Anhalt stieg er um 13 Prozentpunkte an. In allen neuen Bundesländern gab es einen Anstieg um mindestens 10 Prozentpunkte. Der prozentuale Anteil der ausländischen Hilfeempfängerinnen im Berichtsjahr beträgt nun in den neuen Bundesländern zwischen 23 % (Mecklenburg-Vorpommern) und 28 % (Sachsen-Anhalt). In den alten Bundesländern liegt er nun zwischen 45 % (Schleswig-Holstein) und 64 % (Baden-Württemberg; Tabelle 24).

Im Berichtsjahr wurde in allen Bundesländern der Antrag auf Stiftungsmittel überwiegend nach der 20. **Schwangerschaftswoche** gestellt, oft zu rund 70 % und mehr. Erneut waren die Unterschiede zwischen den Kategorien „13. bis 20. Schwangerschaftswoche“ und „nach der 20. Schwangerschaftswoche“ im Saarland und in Sachsen am geringsten. Im Saarland stellen 38 % der Hilfeempfängerinnen den Antrag bereits zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche und 49 % erst danach. In Sachsen betrug der Anteil der Antragstellungen zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche 40 %, nach der 20. Schwangerschaftswoche wurden 51 % der Anträge gestellt (Tabelle 25).

Erhebliche Unterschiede bestehen nach wie vor in der **Lebensform der Hilfeempfängerinnen**. In den alten Bundesländern machten in fast allen Ländern die in ehelicher Gemeinschaft Lebenden den größten Anteil der Hilfeempfängerinnen aus (Anteil in ehelicher Gemeinschaft le-

bender Hilfeempfängerinnen in den alten Bundesländern: zwischen 46 % und 58 % und damit jeweils 6 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert) und der Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden ist zumeist der geringste (zwischen 12 % und 22 %). In den neuen Bundesländern stellen mit Ausnahme von Thüringen jeweils die allein lebenden Hilfeempfängerinnen den größten Anteil (zwischen 34 % und 44 %). In Thüringen sind die Anteile der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden und der allein lebenden Hilfeempfängerinnen gleich groß (34 %) mit geringem Abstand zum Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft Lebenden (32 %). Etwas aus der Reihe fällt auch das Saarland. Hier ist der Anteil der allein lebenden Hilfeempfängerinnen mit Abstand der größte. Mit 57 % ist er auch der höchste für diese Gruppe gemessenen Wert in allen Bundesländern. Die in ehelicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen stellen im Saarland mit 28 % die zweitgrößte Gruppe (Tabelle 26).

**Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung** wurden für 2016 wie bereits in den Vorjahren von den Landesstiftungen in Bayern, Berlin, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeldet. Bayern hat Eigenmittel von 1 861 301 Euro aufgebracht und damit fast das Vierfache gegenüber der Vorjahressumme. Dem ging allerdings ein Rückgang von 2014 auf 2015 um vier Fünftel voraus. In den anderen genannten Ländern verringerte sich der jeweilige Betrag teils deutlich, in Thüringen aber nur um 43 Euro (Tabelle 33).

## V. Länder – Daten 2016

Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Antragstellerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2007	11 156 (100 %)	15 592 (100 %)	8 248 (100 %)	8 188 (100 %)
2008	10 194 (100 %)	13 443 (100 %)	8 190 (100 %)	7 794 (100 %)
2009	11 634 (100 %)	13 099 (100 %)	8 721 (100 %)	7 396 (100 %)
2010	11 285 (100 %)	13 971 (100 %)	8 919 (100 %)	7 274 (100 %)
2011	11 108 (100 %)	10 890 (100 %)	8 744 (100 %)	6 810 (100 %)
2012	10 943 (100 %)	12 485 (100 %)	8 563 (100 %)	6 495 (100 %)
2013	11 139 (100 %)	12 724 (100 %)	8 679 (100 %)	6 320 (100 %)
2014	10 815 (100 %)	11 860 (100 %)	8 632 (100 %)	6 031 (100 %)
2015	15 021 (100 %)	10 555 (100 %)	8 580 (100 %)	5 469 (100 %)
2016	17 178 (100 %)	16 741 (100 %)	9 615 (100 %)	5 790 (100 %)

Antragstellerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2007	2 354 (100 %)	4 658 (100 %)	10 527 (100 %)	6 103 (100 %)
2008	2 190 (100 %)	4 558 (100 %)	10 315 (100 %)	6 120 (100 %)
2009	2 332 (100 %)	4 697 (100 %)	10 487 (100 %)	5 835 (100 %)
2010	2 074 (100 %)	4 687 (100 %)	10 331 (100 %)	5 703 (100 %)
2011	2 021 (100 %)	4 568 (100 %)	9 693 (100 %)	5 250 (100 %)
2012	2 068 (100 %)	4 603 (100 %)	9 359 (100 %)	5 028 (100 %)
2013	2 065 (100 %)	4 787 (100 %)	9 553 (100 %)	4 716 (100 %)
2014	2 124 (100 %)	4 777 (100 %)	10 026 (100 %)	4 565 (100 %)
2015	2 463 (100 %)	5 234 (100 %)	10 477 (100 %)	4 269 (100 %)
2016	2 543 (100 %)	5 595 (100 %)	12 027 (100 %)	4 380 (100 %)

Antragstellerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2007	18 479 (100 %)	36 313 (100 %)	5 728 (100 %)	1 770 (100 %)
2008	17 855 (100 %)	36 682 (100 %)	5 721 (100 %)	1 746 (100 %)
2009	17 942 (100 %)	38 513 (100 %)	5 878 (100 %)	1 856 (100 %)
2010	17 797 (100 %)	37 887 (100 %)	5 718 (100 %)	1 755 (100 %)
2011	16 464 (100 %)	35 613 (100 %)	5 121 (100 %)	1 550 (100 %)
2012	15 749 (100 %)	35 830 (100 %)	5 280 (100 %)	1 521 (100 %)
2013	16 099 (100 %)	36 627 (100 %)	5 410 (100 %)	1 478 (100 %)
2014	16 588 (100 %)	38 449 (100 %)	5 373 (100 %)	1 623 (100 %)
2015	17 063 (100 %)	41 161 (100 %)	5 444 (100 %)	1 735 (100 %)
2016	19 100 (100 %)	44 934 (100 %)	6 340 (100 %)	2 104 (100 %)

Antragstellerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2007	11 292 (100 %)	7 239 (100 %)	6 872 (100 %)	6 002 (100 %)
2008	10 785 (100 %)	7 477 (100 %)	6 769 (100 %)	5 919 (100 %)
2009	10 440 (100 %)	7 209 (100 %)	6 766 (100 %)	5 410 (100 %)
2010	9 867 (100 %)	6 747 (100 %)	6 835 (100 %)	5 686 (100 %)
2011	8 855 (100 %)	6 191 (100 %)	6 399 (100 %)	5 227 (100 %)
2012	8 319 (100 %)	5 946 (100 %)	6 358 (100 %)	4 699 (100 %)
2013	8 174 (100 %)	5 892 (100 %)	6 488 (100 %)	4 624 (100 %)
2014	7 824 (100 %)	5 561 (100 %)	6 495 (100 %)	4 272 (100 %)
2015	7 735 (100 %)	5 251 (100 %)	6 872 (100 %)	3 984 (100 %)
2016	8 261 (100 %)	5 773 (100 %)	7 763 (100 %)	4 333 (100 %)



Tabelle 15: Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Hilfeempfängerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2007	10 883 (98 %)	15 286 (98 %)	7 371 (89 %)	7 942 (97 %)
2008	10 180 (93 %)	13 179 (98 %)	7 522 (92 %)	7 616 (98 %)
2009	10 737 (92 %)	12 842 (98 %)	7 915 (91 %)	7 205 (97 %)
2010	10 915 (97 %)	13 564 (97 %)	8 101 (91 %)	7 053 (97 %)
2011	10 397 (94 %)	10 573 (97 %)	7 777 (89 %)	6 604 (97 %)
2012	10 048 (92 %)	12 110 (97 %)	7 519 (88 %)	6 141 (95 %)
2013	10 474 (94 %)	12 325 (97 %)	7 767 (89 %)	6 292 (100 %)
2014	10 084 (93 %)	11 627 (98 %)	7 837 (91 %)	5 760 (96 %)
2015	13 539 (90 %)	10 258 (97 %)	7 832 (91 %)	5 213 (95 %)
2016	16 019 (93 %)	16 215 (97 %)	8 552 (89 %)	5 271 (91 %)

Hilfeempfängerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2007	2 240 (95 %)	4 486 (96 %)	9 536 (91 %)	5 757 (94 %)
2008	2 056 (94 %)	4 338 (95 %)	9 569 (93 %)	5 753 (94 %)
2009	2 192 (94 %)	4 459 (95 %)	9 698 (92 %)	5 467 (94 %)
2010	1 971 (95 %)	4 457 (95 %)	9 632 (93 %)	5 382 (94 %)
2011	1 904 (94 %)	4 312 (94 %)	8 948 (92 %)	4 907 (94 %)
2012	1 945 (94 %)	4 334 (94 %)	8 628 (92 %)	4 619 (92 %)
2013	1 928 (93 %)	4 544 (95 %)	8 873 (93 %)	4 362 (93 %)
2014	2 000 (94 %)	4 486 (94 %)	9 419 (94 %)	4 215 (92 %)
2015	2 313 (94 %)	4 882 (93 %)	9 598 (92 %)	3 902 (91 %)
2016	2 398 (94 %)	5 199 (93 %)	11 140 (93 %)	3 952 (90 %)

Hilfeempfängerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2007	16 848 (91 %)	32 287 (89 %)	4 957 (87 %)	1 710 (97 %)
2008	16 370 (92 %)	32 396 (88 %)	5 091 (89 %)	1 702 (97 %)
2009	16 536 (91 %)	33 539 (87 %)	5 379 (92 %)	1 784 (96 %)
2010	16 475 (93 %)	33 367 (88 %)	5 126 (90 %)	1 710 (97 %)
2011	14 970 (91 %)	31 083 (87 %)	4 582 (89 %)	1 500 (97 %)
2012	14 504 (92 %)	31 432 (88 %)	4 625 (88 %)	1 477 (97 %)
2013	14 647 (91 %)	32 160 (88 %)	4 704 (87 %)	1 428 (97 %)
2014	15 022 (91 %)	33 376 (87 %)	4 749 (88 %)	1 534 (95 %)
2015	15 442 (90 %)	35 949 (87 %)	4 799 (88 %)	1 654 (96 %)
2016	17 321 (91 %)	39 656 (88 %)	5 855 (92 %)	2 021 (96 %)

Hilfeempfängerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2007	9 831 (87 %)	6 765 (93 %)	6 189 (90 %)	5 600 (93 %)
2008	10 769 (100 %)	6 998 (94 %)	6 095 (90 %)	5 485 (93 %)
2009	9 556 (92 %)	6 732 (93 %)	6 149 (91 %)	5 083 (94 %)
2010	9 289 (94 %)	6 258 (93 %)	6 296 (92 %)	5 362 (94 %)
2011	8 310 (94 %)	5 788 (93 %)	5 881 (92 %)	4 823 (92 %)
2012	7 371 (89 %)	5 484 (92 %)	5 913 (93 %)	4 314 (92 %)
2013	7 359 (90 %)	5 440 (92 %)	6 075 (94 %)	4 261 (92 %)
2014	6 910 (88 %)	5 166 (93 %)	6 040 (93 %)	3 824 (90 %)
2015	6 854 (89 %)	4 869 (92 %)	6 180 (90 %)	3 654 (92 %)
2016	6 890 (83 %)	5 304 (92 %)	6 999 (90 %)	3 890 (90 %)

**Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern**

<b>Alter</b>	<b>Baden-Württemberg</b>	<b>Bayern</b>	<b>Berlin</b>	<b>Brandenburg</b>
unter 14 Jahre	2 (0 %)	12 (0 %)	1 (0 %)	2 (0 %)
14 – 18 Jahre	279 (2 %)	465 (3 %)	130 (2 %)	112 (2 %)
ab 18 Jahre	15 738 (98 %)	15 738 (97 %)	8 421 (98 %)	5 157 (98 %)

<b>Alter</b>	<b>Bremen</b>	<b>Hamburg</b>	<b>Hessen</b>	<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>
unter 14 Jahre	0 (0 %)	1 (0 %)	1 (0 %)	2 (0 %)
14 – 18 Jahre	39 (2 %)	99 (2 %)	156 (1 %)	132 (3 %)
ab 18 Jahre	2 359 (98 %)	5 099 (98 %)	10 983 (99 %)	3 818 (97 %)

<b>Alter</b>	<b>Niedersachsen</b>	<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>Saarland</b>
unter 14 Jahre	1 (0 %)	30 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
14 – 18 Jahre	442 (3 %)	776 (2 %)	140 (2 %)	57 (3 %)
ab 18 Jahre	16 878 (97 %)	38 850 (98 %)	5 715 (98 %)	1 964 (97 %)

<b>Alter</b>	<b>Sachsen</b>	<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>Thüringen</b>
unter 14 Jahre	0 (0 %)	2 (0 %)	1 (0 %)	1 (0 %)
14 – 18 Jahre	252 (4 %)	218 (4 %)	166 (2 %)	124 (3 %)
ab 18 Jahre	6 638 (96 %)	5 084 (96 %)	6 832 (98 %)	3 765 (97 %)

**Tabelle 17: Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern**

HiE mit Arbeits-einkommen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2007	2 967 (27 %)	7 324 (48 %)	1 253 (17 %)	2 132 (27 %)
2008	3 720 (37 %)	6 625 (50 %)	1 935 (26 %)	2 113 (28 %)
2009	3 847 (36 %)	5 900 (46 %)	1 991 (25 %)	2 048 (28 %)
2010	3 368 (31 %)	6 013 (44 %)	1 846 (23 %)	2 196 (31 %)
2011	3 826 (37 %)	4 905 (46 %)	1 616 (21 %)	2 191 (33 %)
2012	3 284 (33 %)	6 556 (54 %)	1 750 (23 %)	2 134 (35 %)
2013	2 917 (28 %)	6 026 (49 %)	1 940 (25 %)	2 109 (34 %)
2014	2 953 (29 %)	4 993 (43 %)	2 040 (26 %)	1 843 (32 %)
2015	6 281 (46 %)	2 407 (23 %)	1 836 (23 %)	1 652 (32 %)
2016	5 384 (34 %)	4 058 (25 %)	1 895 (22 %)	1 332 (25 %)

HiE mit Arbeits-einkommen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2007	333 (15 %)	777 (17 %)	2 223 (23 %)	1 320 (23 %)
2008	327 (16 %)	842 (19 %)	2 354 (25 %)	1 383 (24 %)
2009	264 (12 %)	898 (20 %)	2 203 (23 %)	1 456 (27 %)
2010	253 (13 %)	1 010 (23 %)	2 060 (22 %)	1 423 (26 %)
2011	287 (15 %)	1 002 (23 %)	2 055 (23 %)	1 364 (28 %)
2012	304 (16 %)	988 (23 %)	1 858 (22 %)	1 308 (28 %)
2013	262 (14 %)	1 054 (23 %)	1 803 (20 %)	1 244 (28 %)
2014	235 (12 %)	934 (21 %)	1 759 (19 %)	1 191 (28 %)
2015	242 (10 %)	1 031 (21 %)	1 700 (18 %)	925 (24 %)
2016	195 (8 %)	965 (19 %)	1 729 (15 %)	903 (23 %)

HiE mit Arbeits-einkommen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2007	2 130 (13 %)	5 067 (16 %)	1 017 (21 %)	240 (14 %)
2008	2 400 (15 %)	5 401 (17 %)	1 183 (23 %)	282 (17 %)
2009	2 603 (16 %)	5 705 (17 %)	1 323 (25 %)	274 (15 %)
2010	2 511 (15 %)	5 776 (17 %)	1 569 (31 %)	271 (16 %)
2011	2 358 (16 %)	5 733 (18 %)	1 099 (24 %)	243 (16 %)
2012	2 253 (16 %)	5 885 (19 %)	1 191 (26 %)	275 (19 %)
2013	2 430 (17 %)	5 882 (18 %)	1 160 (25 %)	267 (20 %)
2014	2 325 (15 %)	5 795 (17 %)	1 135 (24 %)	257 (17 %)
2015	2 233 (14 %)	5 679 (16 %)	1 048 (22 %)	226 (13 %)
2016	2 291 (13 %)	5 727 (14 %)	1 077 (18 %)	243 (12 %)

HiE mit Arbeits-einkommen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2007	1 443 (15 %)	1 020 (15 %)	1 592 (26 %)	2 300 (41 %)
2008	1 561 (14 %)	1 090 (16 %)	1 653 (27 %)	2 395 (44 %)
2009	1 501 (16 %)	1 467 (22 %)	1 825 (30 %)	2 342 (46 %)
2010	1 434 (15 %)	1 517 (24 %)	1 876 (30 %)	2 372 (44 %)
2011	1 343 (16 %)	1 370 (24 %)	1 934 (33 %)	2 071 (43 %)
2012	1 220 (17 %)	1 259 (23 %)	1 988 (34 %)	1 860 (43 %)
2013	1 283 (17 %)	1 350 (25 %)	2 071 (34 %)	1 797 (42 %)
2014	1 189 (17 %)	1 341 (26 %)	1 957 (33 %)	1 517 (40 %)
2015	1 194 (17 %)	1 116 (23 %)	1 990 (32 %)	1 474 (40 %)
2016	1 140 (17 %)	988 (19 %)	1 850 (27 %)	1 716 (44 %)

**Tabelle 18: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern**

HiE mit SGB III	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2007	616 (6 %)	0 (0 %)	85 (1 %)	333 (4 %)
2008	636 (6 %)	1 427 (11 %)	178 (2 %)	303 (4 %)
2009	646 (6 %)	1 327 (10 %)	207 (3 %)	254 (4 %)
2010	654 (6 %)	1 192 (8 %)	185 (2 %)	265 (4 %)
2011	641 (6 %)	670 (6 %)	197 (3 %)	285 (4 %)
2012	629 (6 %)	779 (6 %)	210 (3 %)	255 (4 %)
2013	602 (6 %)	791 (6 %)	173 (2 %)	242 (4 %)
2014	504 (5 %)	531 (5 %)	173 (2 %)	201 (3 %)
2015	84 (1 %)	305 (3 %)	126 (2 %)	166 (3 %)
2016	0 (0 %)	492 (3 %)	124 (1 %)	149 (3 %)

HiE mit SGB III	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2007	49 (2 %)	155 (3 %)	522 (5 %)	331 (6 %)
2008	48 (2 %)	130 (3 %)	793 (8 %)	315 (5 %)
2009	57 (3 %)	233 (5 %)	531 (6 %)	274 (5 %)
2010	49 (2 %)	303 (7 %)	453 (5 %)	289 (5 %)
2011	44 (2 %)	293 (7 %)	335 (4 %)	304 (6 %)
2012	43 (2 %)	131 (3 %)	387 (4 %)	283 (6 %)
2013	33 (2 %)	171 (4 %)	377 (4 %)	225 (5 %)
2014	37 (2 %)	162 (4 %)	341 (3 %)	182 (5 %)
2015	33 (1 %)	131 (3 %)	297 (3 %)	174 (4 %)
2016	26 (1 %)	131 (2 %)	292 (2 %)	144 (3 %)

HiE mit SGB III	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2007	488 (3 %)	1 385 (4 %)	409 (8 %)	60 (4 %)
2008	600 (4 %)	1 270 (4 %)	275 (5 %)	74 (4 %)
2009	652 (4 %)	1 507 (4 %)	298 (6 %)	77 (4 %)
2010	614 (4 %)	1 354 (4 %)	290 (6 %)	69 (4 %)
2011	538 (4 %)	1 176 (4 %)	275 (6 %)	73 (5 %)
2012	488 (3 %)	1 222 (4 %)	246 (5 %)	62 (4 %)
2013	556 (4 %)	1 214 (4 %)	254 (5 %)	53 (4 %)
2014	569 (4 %)	1 202 (3 %)	240 (5 %)	67 (4 %)
2015	457 (3 %)	1 209 (3 %)	226 (5 %)	64 (4 %)
2016	462 (3 %)	1 105 (3 %)	237 (4 %)	45 (2 %)

HiE mit SGB III	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2007	343 (3 %)	173 (3 %)	282 (5 %)	498 (9 %)
2008	324 (3 %)	159 (2 %)	227 (4 %)	493 (9 %)
2009	302 (3 %)	178 (3 %)	247 (4 %)	513 (10 %)
2010	281 (3 %)	148 (2 %)	241 (4 %)	448 (8 %)
2011	262 (3 %)	168 (3 %)	243 (4 %)	379 (8 %)
2012	253 (3 %)	187 (3 %)	245 (4 %)	301 (7 %)
2013	217 (3 %)	185 (4 %)	229 (4 %)	328 (8 %)
2014	209 (3 %)	131 (3 %)	260 (4 %)	254 (7 %)
2015	181 (3 %)	100 (2 %)	229 (4 %)	195 (5 %)
2016	171 (2 %)	105 (2 %)	214 (3 %)	133 (3 %)

**Tabelle 19: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern**

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2007	760 (7 %)	558 (4 %)	165 (2 %)	320 (4 %)
2008	691 (7 %)	567 (4 %)	198 (3 %)	294 (4 %)
2009	654 (6 %)	555 (4 %)	262 (3 %)	306 (4 %)
2010	680 (6 %)	629 (5 %)	313 (4 %)	291 (4 %)
2011	659 (6 %)	523 (5 %)	332 (4 %)	245 (4 %)
2012	686 (7 %)	525 (4 %)	291 (4 %)	221 (4 %)
2013	694 (7 %)	450 (4 %)	332 (4 %)	183 (3 %)
2014	806 (8 %)	361 (3 %)	313 (4 %)	190 (3 %)
2015	650 (5 %)	88 (1 %)	255 (3 %)	154 (3 %)
2016	145 (2 %)	76 (1 %)	230 (3 %)	136 (3 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2007	99 (4 %)	200 (4 %)	294 (3 %)	410 (7 %)
2008	97 (5 %)	206 (5 %)	317 (3 %)	408 (7 %)
2009	98 (4 %)	251 (6 %)	325 (3 %)	357 (6 %)
2010	81 (4 %)	150 (3 %)	315 (3 %)	317 (6 %)
2011	76 (4 %)	129 (3 %)	268 (3 %)	301 (6 %)
2012	73 (4 %)	104 (2 %)	294 (3 %)	239 (5 %)
2013	71 (4 %)	110 (2 %)	261 (3 %)	210 (5 %)
2014	80 (4 %)	110 (2 %)	267 (3 %)	170 (4 %)
2015	85 (4 %)	117 (2 %)	234 (3 %)	168 (4 %)
2016	60 (2 %)	107 (2 %)	195 (2 %)	111 (3 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2007	818 (5 %)	892 (3 %)	258 (5 %)	81 (5 %)
2008	910 (6 %)	871 (3 %)	186 (4 %)	96 (6 %)
2009	844 (5 %)	1 015 (3 %)	55 (1 %)	102 (6 %)
2010	885 (5 %)	1 040 (3 %)	158 (3 %)	89 (5 %)
2011	896 (6 %)	951 (3 %)	180 (4 %)	85 (6 %)
2012	853 (6 %)	988 (3 %)	154 (3 %)	106 (7 %)
2013	842 (6 %)	902 (3 %)	131 (3 %)	72 (5 %)
2014	771 (5 %)	870 (3 %)	133 (3 %)	78 (5 %)
2015	665 (4 %)	795 (2 %)	124 (3 %)	58 (3 %)
2016	608 (3 %)	722 (2 %)	151 (3 %)	57 (3 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2007	467 (5 %)	226 (3 %)	292 (5 %)	426 (8 %)
2008	455 (4 %)	204 (3 %)	343 (6 %)	438 (8 %)
2009	390 (4 %)	763 (11 %)	296 (5 %)	413 (8 %)
2010	376 (4 %)	686 (11 %)	299 (5 %)	446 (8 %)
2011	319 (4 %)	656 (11 %)	251 (4 %)	428 (9 %)
2012	254 (3 %)	586 (11 %)	279 (5 %)	376 (9 %)
2013	238 (3 %)	535 (10 %)	232 (4 %)	370 (9 %)
2014	189 (3 %)	574 (11 %)	260 (4 %)	314 (8 %)
2015	168 (3 %)	496 (10 %)	233 (4 %)	308 (9 %)
2016	148 (2 %)	450 (9 %)	211 (3 %)	104 (3 %)

**Tabelle 20: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern**

HiE mit SGB II und SGB XII	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2007	4 378 (40 %)	7 180 (47 %)	5 546 (75 %)	3 388 (43 %)
2008	3 330 (33 %)	4 350 (33 %)	4 796 (64 %)	4 125 (54 %)
2009	3 563 (33 %)	4 879 (38 %)	5 050 (64 %)	3 881 (54 %)
2010	3 551 (33 %)	5 580 (41 %)	5 285 (65 %)	3 460 (49 %)
2011	3 443 (33 %)	4 323 (41 %)	5 124 (66 %)	3 122 (48 %)
2012	3 860 (38 %)	4 120 (34 %)	4 696 (63 %)	2 850 (47 %)
2013	3 267 (31 %)	4 795 (39 %)	4 643 (60 %)	3 068 (49 %)
2014	3 220 (31 %)	5 269 (45 %)	4 599 (59 %)	2 816 (49 %)
2015	4 362 (32 %)	5 244 (51 %)	4 687 (60 %)	2 356 (45 %)
2016	5 431 (34 %)	7 117 (44 %)	4 716 (55 %)	2 486 (47 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2007	1 361 (61 %)	2 425 (54 %)	4 408 (46 %)	3 024 (53 %)
2008	1 189 (58 %)	2 281 (53 %)	4 593 (48 %)	3 219 (56 %)
2009	1 316 (60 %)	2 328 (52 %)	4 595 (47 %)	2 868 (52 %)
2010	1 180 (60 %)	2 411 (54 %)	4 550 (47 %)	2 830 (53 %)
2011	1 141 (60 %)	1 966 (46 %)	4 292 (48 %)	2 466 (50 %)
2012	1 128 (58 %)	2 114 (49 %)	3 850 (45 %)	2 388 (52 %)
2013	1 051 (55 %)	2 111 (47 %)	3 974 (45 %)	2 280 (52 %)
2014	1 105 (55 %)	2 163 (48 %)	4 260 (45 %)	2 155 (51 %)
2015	1 318 (57 %)	2 172 (45 %)	4 138 (43 %)	2 019 (52 %)
2016	1 413 (59 %)	2 356 (45 %)	4 420 (40 %)	1 978 (50 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2007	9 386 (56 %)	15 536 (48 %)	1 989 (40 %)	959 (56 %)
2008	8 305 (51 %)	15 735 (49 %)	1 985 (39 %)	901 (53 %)
2009	8 545 (52 %)	16 205 (48 %)	2 015 (38 %)	995 (56 %)
2010	8 671 (53 %)	16 232 (49 %)	2 025 (40 %)	949 (55 %)
2011	7 549 (50 %)	14 817 (48 %)	1 767 (39 %)	783 (52 %)
2012	7 214 (50 %)	14 889 (47 %)	1 854 (40 %)	737 (50 %)
2013	7 121 (49 %)	15 567 (48 %)	1 808 (38 %)	776 (54 %)
2014	7 194 (48 %)	16 260 (49 %)	1 887 (40 %)	823 (54 %)
2015	7 350 (48 %)	17 382 (48 %)	1 739 (36 %)	934 (57 %)
2016	7 719 (45 %)	18 177 (46 %)	2 151 (37 %)	1 327 (66 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2007	6 332 (64 %)	4 872 (72 %)	2 630 (42 %)	2 058 (37 %)
2008	7 240 (67 %)	5 062 (72 %)	2 517 (41 %)	1 889 (34 %)
2009	6 423 (67 %)	3 825 (57 %)	2 559 (42 %)	1 563 (31 %)
2010	6 172 (66 %)	3 463 (56 %)	2 663 (42 %)	1 791 (34 %)
2011	5 537 (67 %)	3 163 (55 %)	2 328 (40 %)	1 602 (33 %)
2012	4 938 (67 %)	3 017 (55 %)	2 303 (39 %)	1 452 (34 %)
2013	4 946 (67 %)	2 886 (53 %)	2 421 (40 %)	1 447 (34 %)
2014	4 592 (67 %)	2 656 (51 %)	2 350 (40 %)	1 421 (37 %)
2015	4 339 (63 %)	2 461 (51 %)	2 359 (38 %)	1 240 (34 %)
2016	3 961 (57 %)	2 886 (54 %)	2 469 (35 %)	1 322 (34 %)

Tabelle 21: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2007	12 (0 %)	20 (0 %)	157 (2 %)	67 (1 %)
2008	29 (0 %)	6 (0 %)	212 (3 %)	62 (1 %)
2009	109 (1 %)	2 (0 %)	202 (3 %)	62 (1 %)
2010	118 (1 %)	9 (0 %)	263 (3 %)	73 (1 %)
2011	129 (1 %)	20 (0 %)	341 (4 %)	70 (1 %)
2012	161 (2 %)	19 (0 %)	387 (5 %)	87 (1 %)
2013	133 (1 %)	122 (1 %)	473 (6 %)	104 (2 %)
2014	730 (7 %)	388 (3 %)	539 (7 %)	157 (3 %)
2015	1 791 (13 %)	604 (6 %)	754 (10 %)	347 (7 %)
2016	3 804 (24 %)	2 169 (13 %)	1 443 (17 %)	589 (11 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2007	99 (4 %)	169 (4 %)	141 (1 %)	5 (0 %)
2008	95 (5 %)	143 (3 %)	101 (1 %)	2 (0 %)
2009	95 (4 %)	111 (3 %)	108 (1 %)	3 (0 %)
2010	67 (3 %)	103 (2 %)	118 (1 %)	2 (0 %)
2011	77 (4 %)	195 (4 %)	156 (2 %)	6 (0 %)
2012	68 (3 %)	220 (5 %)	179 (2 %)	5 (0 %)
2013	125 (6 %)	181 (4 %)	277 (3 %)	35 (1 %)
2014	187 (9 %)	282 (6 %)	487 (5 %)	93 (2 %)
2015	317 (14 %)	495 (10 %)	980 (10 %)	234 (6 %)
2016	372 (16 %)	808 (16 %)	2 192 (20 %)	272 (7 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2007	473 (3 %)	1 074 (3 %)	4 (0 %)	16 (1 %)
2008	378 (2 %)	831 (3 %)	2 (0 %)	22 (1 %)
2009	343 (2 %)	796 (2 %)	3 (0 %)	23 (1 %)
2010	357 (2 %)	786 (2 %)	10 (0 %)	18 (1 %)
2011	396 (3 %)	831 (3 %)	6 (0 %)	14 (1 %)
2012	410 (3 %)	983 (3 %)	14 (0 %)	27 (2 %)
2013	540 (4 %)	1 336 (4 %)	113 (2 %)	19 (1 %)
2014	996 (7 %)	1 944 (6 %)	216 (4 %)	40 (3 %)
2015	1 687 (11 %)	3 846 (11 %)	468 (10 %)	83 (5 %)
2016	3 308 (19 %)	7 156 (18 %)	1 079 (18 %)	131 (6 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2007	46 (0 %)	94 (1 %)	98 (2 %)	32 (1 %)
2008	48 (0 %)	92 (1 %)	91 (1 %)	27 (0 %)
2009	35 (0 %)	77 (1 %)	88 (1 %)	24 (1 %)
2010	36 (0 %)	90 (1 %)	95 (1 %)	34 (1 %)
2011	46 (1 %)	107 (2 %)	131 (2 %)	33 (1 %)
2012	52 (1 %)	98 (2 %)	109 (2 %)	31 (1 %)
2013	58 (1 %)	126 (3 %)	153 (3 %)	41 (1 %)
2014	149 (2 %)	153 (3 %)	261 (4 %)	62 (1 %)
2015	385 (6 %)	362 (8 %)	458 (7 %)	198 (5 %)
2016	655 (10 %)	561 (11 %)	1 274 (18 %)	426 (11 %)

**Tabelle 22: Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten, nach Bundesländern**

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2007	259 (2 %)	86 (1 %)	11 (0 %)	986 (12 %)
2008	197 (2 %)	83 (1 %)	18 (0 %)	26 (0 %)
2009	136 (1 %)	78 (1 %)	18 (0 %)	26 (0 %)
2010	121 (1 %)	73 (1 %)	16 (0 %)	25 (0 %)
2011	98 (1 %)	60 (1 %)	11 (0 %)	28 (0 %)
2012	124 (1 %)	57 (1 %)	9 (0 %)	20 (0 %)
2013	89 (1 %)	63 (0 %)	13 (0 %)	28 (0 %)
2014	100 (1 %)	31 (0 %)	10 (0 %)	37 (1 %)
2015	95 (1 %)	1 551 (15 %)	8 (0 %)	39 (1 %)
2016	0 (0 %)	2 093 (13 %)	11 (0 %)	65 (1 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2007	21 (1 %)	6 (0 %)	546 (6 %)	37 (1 %)
2008	29 (1 %)	4 (0 %)	211 (2 %)	37 (1 %)
2009	19 (1 %)	6 (0 %)	454 (5 %)	32 (1 %)
2010	29 (1 %)	6 (0 %)	502 (5 %)	49 (1 %)
2011	26 (1 %)	3 (0 %)	494 (6 %)	41 (1 %)
2012	64 (3 %)	19 (0 %)	834 (10 %)	28 (1 %)
2013	41 (2 %)	9 (0 %)	842 (9 %)	27 (1 %)
2014	31 (2 %)	5 (0 %)	922 (10 %)	35 (1 %)
2015	60 (3 %)	6 (0 %)	867 (9 %)	31 (1 %)
2016	103 (4 %)	6 (0 %)	771 (7 %)	36 (1 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2007	169 (1 %)	1 032 (3 %)	11 (0 %)	15 (1 %)
2008	2 063 (13 %)	779 (2 %)	28 (1 %)	17 (1 %)
2009	2 067 (13 %)	842 (3 %)	34 (1 %)	21 (1 %)
2010	2 036 (12 %)	1 004 (3 %)	42 (1 %)	30 (2 %)
2011	1 985 (13 %)	711 (2 %)	40 (1 %)	31 (2 %)
2012	2 110 (15 %)	861 (3 %)	54 (1 %)	16 (1 %)
2013	2 091 (14 %)	777 (2 %)	49 (1 %)	22 (1 %)
2014	2 038 (14 %)	950 (3 %)	46 (1 %)	25 (1 %)
2015	2 155 (14 %)	1 016 (3 %)	43 (1 %)	33 (2 %)
2016	1 973 (11 %)	995 (2 %)	49 (1 %)	23 (1 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2007	62 (1 %)	36 (1 %)	68 (1 %)	98 (2 %)
2008	98 (1 %)	25 (0 %)	71 (1 %)	104 (2 %)
2009	91 (1 %)	25 (0 %)	78 (1 %)	103 (2 %)
2010	120 (1 %)	28 (0 %)	170 (3 %)	84 (2 %)
2011	106 (1 %)	27 (0 %)	164 (3 %)	110 (2 %)
2012	90 (1 %)	19 (0 %)	179 (3 %)	103 (2 %)
2013	75 (1 %)	23 (0 %)	182 (3 %)	117 (2 %)
2014	96 (1 %)	18 (0 %)	204 (3 %)	67 (2 %)
2015	81 (1 %)	20 (0 %)	219 (4 %)	90 (3 %)
2016	79 (1 %)	25 (0 %)	260 (4 %)	73 (2 %)



**Tabelle 23: Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern**

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2007	1 891 (17 %)	118 (1 %)	154 (2 %)	716 (9 %)
2008	1 577 (15 %)	121 (1 %)	185 (2 %)	693 (9 %)
2009	1 782 (17 %)	101 (1 %)	185 (2 %)	628 (9 %)
2010	2 423 (22 %)	68 (1 %)	193 (2 %)	743 (11 %)
2011	1 601 (16 %)	72 (1 %)	156 (2 %)	663 (10 %)
2012	1 304 (13 %)	54 (1 %)	176 (2 %)	574 (9 %)
2013	2 772 (26 %)	78 (1 %)	193 (2 %)	558 (9 %)
2014	1 771 (19 %)	54 (1 %)	163 (2 %)	516 (9 %)
2015	276 (2 %)	59 (1 %)	166 (2 %)	499 (9 %)
2016	1 255 (8 %)	210 (1 %)	133 (2 %)	514 (10 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2007	278 (12 %)	754 (17 %)	1 402 (15 %)	630 (11 %)
2008	271 (13 %)	732 (17 %)	1 200 (13 %)	389 (7 %)
2009	343 (16 %)	632 (14 %)	1 482 (15 %)	477 (9 %)
2010	312 (16 %)	474 (11 %)	1 634 (17 %)	472 (9 %)
2011	253 (13 %)	724 (17 %)	1 348 (15 %)	425 (9 %)
2012	265 (14 %)	758 (18 %)	1 226 (14 %)	368 (8 %)
2013	345 (18 %)	908 (20 %)	1 339 (15 %)	341 (8 %)
2014	325 (16 %)	830 (19 %)	1 383 (15 %)	389 (9 %)
2015	258 (11 %)	930 (19 %)	1 382 (14 %)	351 (9 %)
2016	229 (10 %)	826 (16 %)	1 541 (14 %)	508 (13 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2007	3 384 (20 %)	7 301 (23 %)	1 269 (26 %)	339 (20 %)
2008	1 714 (10 %)	7 509 (23 %)	1 432 (28 %)	310 (18 %)
2009	1 482 (9 %)	7 469 (22 %)	1 651 (31 %)	292 (17 %)
2010	1 401 (9 %)	7 175 (22 %)	1 032 (20 %)	284 (17 %)
2011	1 248 (8 %)	6 864 (22 %)	1 215 (27 %)	271 (18 %)
2012	1 176 (8 %)	6 604 (21 %)	1 112 (24 %)	254 (17 %)
2013	1 067 (7 %)	6 482 (20 %)	1 189 (25 %)	219 (15 %)
2014	1 129 (7 %)	6 355 (19 %)	1 092 (23 %)	244 (16 %)
2015	895 (6 %)	6 022 (17 %)	1 151 (24 %)	256 (16 %)
2016	960 (6 %)	5 774 (15 %)	1 111 (19 %)	195 (10 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2007	1 138 (12 %)	344 (5 %)	1 227 (20 %)	188 (3 %)
2008	1 043 (10 %)	366 (5 %)	1 193 (20 %)	139 (3 %)
2009	814 (9 %)	397 (6 %)	1 056 (17 %)	125 (2 %)
2010	870 (9 %)	326 (6 %)	952 (15 %)	187 (3 %)
2011	697 (8 %)	297 (5 %)	830 (14 %)	200 (4 %)
2012	564 (8 %)	318 (6 %)	810 (14 %)	191 (4 %)
2013	542 (7 %)	335 (6 %)	787 (13 %)	161 (4 %)
2014	486 (7 %)	293 (6 %)	748 (12 %)	189 (5 %)
2015	506 (7 %)	314 (6 %)	692 (11 %)	149 (4 %)
2016	736 (11 %)	289 (5 %)	721 (10 %)	116 (3 %)

**Tabelle 24: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen 2016 nach Bundesländern**

Staatsangehörigkeit	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Deutsche	5 766 (36 %)	7 234 (45 %)	3 773 (44 %)	3 996 (76 %)
Ausländerinnen	10 253 (64 %)	8 981 (55 %)	4 779 (56 %)	1 275 (24 %)

Staatsangehörigkeit	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Deutsche	947 (39 %)	2 131 (41 %)	4 160 (37 %)	3 056 (77 %)
Ausländerinnen	1 451 (61 %)	3 068 (59 %)	6 980 (63 %)	896 (23 %)

Staatsangehörigkeit	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Deutsche	8 827 (51 %)	17 447 (44 %)	2 894 (49 %)	919 (45 %)
Ausländerinnen	8 494 (49 %)	22 209 (56 %)	2 961 (51 %)	1 102 (55 %)

Staatsangehörigkeit	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Deutsche	5 201 (75 %)	3 801 (72 %)	3 870 (55 %)	2 969 (76 %)
Ausländerinnen	1 689 (25 %)	1 503 (28 %)	3 129 (45 %)	921 (24 %)

**Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2016 nach Bundesländern**

Schwangerschaftswoche	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
1. bis 12.	402 (3 %)	1 512 (9 %)	66 (1 %)	107 (2 %)
13. bis 20.	5 832 (36 %)	4 048 (25 %)	1 002 (12 %)	1 103 (21 %)
nach der 20.	9 785 (61 %)	10 655 (66 %)	7 484 (87 %)	4 061 (77 %)

Schwangerschaftswoche	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
1. bis 12.	26 (1 %)	151 (3 %)	392 (4 %)	52 (1 %)
13. bis 20.	245 (10 %)	1 104 (21 %)	2 032 (18 %)	784 (20 %)
nach der 20.	2 127 (89 %)	3 944 (76 %)	8 716 (78 %)	3 116 (79 %)

Schwangerschaftswoche	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
1. bis 12.	274 (1 %)	3 034 (8 %)	470 (8 %)	264 (13 %)
13. bis 20.	4 800 (28 %)	14 098 (35 %)	1 342 (23 %)	764 (38 %)
nach der 20.	12 247 (71 %)	22 524 (57 %)	4 043 (69 %)	993 (49 %)

Schwangerschaftswoche	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
1. bis 12.	624 (9 %)	112 (2 %)	677 (10 %)	2 (0 %)
13. bis 20.	2 730 (40 %)	1 559 (29 %)	1 778 (25 %)	358 (9 %)
nach der 20.	3 536 (51 %)	3 633 (69 %)	4 544 (65 %)	3 530 (91 %)

**Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2016 nach Bundesländern**

<b>Lebensform</b>	<b>Baden-Württemberg</b>	<b>Bayern</b>	<b>Berlin</b>	<b>Brandenburg</b>
In ehelicher Gemeinschaft lebend	8 923 (56 %)	8 333 (51 %)	4 146 (49 %)	1 678 (32 %)
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	5 203 (32 %)	5 619 (35 %)	3 006 (35 %)	2 106 (40 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1 893 (12 %)	2 263 (14 %)	1 400 (16 %)	1 487 (28 %)

<b>Lebensform</b>	<b>Bremen</b>	<b>Hamburg</b>	<b>Hessen</b>	<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>
In ehelicher Gemeinschaft lebend	1 117 (46 %)	2 714 (52 %)	6 406 (58 %)	1 180 (30 %)
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	880 (37 %)	1 757 (34 %)	3 577 (32 %)	1 750 (44 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	401 (17 %)	728 (14 %)	1 157 (10 %)	1 022 (26 %)

<b>Lebensform</b>	<b>Niedersachsen</b>	<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>Saarland</b>
In ehelicher Gemeinschaft lebend	9 090 (52 %)	21 849 (55 %)	3 232 (55 %)	571 (28 %)
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	5 108 (30 %)	11 834 (30 %)	1 595 (27 %)	1 149 (57 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	3 123 (18 %)	5 973 (15 %)	1 028 (18 %)	301 (15 %)

<b>Lebensform</b>	<b>Sachsen</b>	<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>Thüringen</b>
In ehelicher Gemeinschaft lebend	2 121 (31 %)	1 789 (34 %)	3 646 (52 %)	1 333 (34 %)
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	3 022 (44 %)	2 367 (44 %)	1 827 (26 %)	1 330 (34 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1 747 (25 %)	1 148 (22 %)	1 526 (22 %)	1 227 (32 %)

**Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern**

	<b>Baden- Württemberg</b>	<b>Bayern</b>	<b>Berlin</b>	<b>Brandenburg</b>
<b>2007</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	152 (100 %)	57 (100 %)	65 (100 %)
Freie Trägerschaft	99 (80 %)	72 (47 %)	47 (82 %)	52 (80 %)
Staatlich/kommunal	25 (20 %)	80 (53 %)	10 (18 %)	13 (20 %)
<b>2008</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	238 (100 %)	152 (100 %)	52 (100 %)	66 (100 %)
Freie Trägerschaft	202 (85 %)	72 (47 %)	45 (87 %)	53 (80 %)
Staatlich/kommunal	36 (15 %)	80 (53 %)	7 (13 %)	13 (20 %)
<b>2009</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	153 (100 %)	50 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (85 %)	77 (50 %)	45 (90 %)	49 (79 %)
Staatlich/kommunal	21 (15 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	13 (21 %)
<b>2010</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	125 (100 %)	155 (100 %)	54 (100 %)	63 (100 %)
Freie Trägerschaft	104 (83 %)	78 (50 %)	49 (91 %)	51 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	77 (50 %)	5 (9 %)	12 (19 %)
<b>2011</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	125 (100 %)	148 (100 %)	52 (100 %)	64 (100 %)
Freie Trägerschaft	104 (82 %)	72 (50 %)	47 (90 %)	52 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	12 (19 %)
<b>2012</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	149 (100 %)	52 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	73 (49 %)	46 (88 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (51 %)	6 (12 %)	12 (19 %)
<b>2013</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	55 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (82 %)	75 (50 %)	49 (89 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (18 %)	76 (50 %)	6 (11 %)	11 (19 %)
<b>2014</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	50 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (82 %)	75 (50 %)	45 (90 %)	51 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (18 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	10 (19 %)
<b>2015</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	53 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	75 (50 %)	48 (91 %)	50 (82 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (9 %)	11 (18 %)
<b>2016</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	152 (100 %)	48 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	76 (50 %)	43 (90 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	12 (19 %)

**Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern**

	<b>Bremen</b>	<b>Hamburg</b>	<b>Hessen</b>	<b>Mecklenb.- Vorpommern</b>
<b>2007</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	40 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
<b>2008</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	94 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	94 (100 %)	40 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
<b>2009</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	40 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
<b>2010</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	41 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
<b>2011</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	41 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
<b>2012</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	40 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
<b>2013</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
<b>2014</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
<b>2015</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
<b>2016</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)

**Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern**

	<b>Nieder- sachsen</b>	<b>Nordrhein- Westfalen</b>	<b>Rheinland- Pfalz</b>	<b>Saarland</b>
<b>2007</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	244 (100 %)	179 (100 %)	81 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	165 (68 %)	157 (88 %)	81 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	79 (32 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
<b>2008</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	239 (100 %)	181 (100 %)	80 (100 %)	18 (100 %)
Freie Trägerschaft	162 (68 %)	158 (87 %)	80 (100 %)	18 (100 %)
Staatlich/kommunal	77 (32 %)	23 (13 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
<b>2009</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	249 (100 %)	181 (100 %)	81 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (69 %)	158 (87 %)	81 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	76 (31 %)	23 (13 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
<b>2010</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	245 (100 %)	181 (100 %)	81 (100 %)	20 (100 %)
Freie Trägerschaft	168 (69 %)	158 (87 %)	81 (100 %)	19 (95 %)
Staatlich/kommunal	77 (31 %)	23 (13 %)	0 (0 %)	1 (5 %)
<b>2011</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	247 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	172 (70 %)	157 (87 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	75 (30 %)	23 (13 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
<b>2012</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	238 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	176 (74 %)	158 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	62 (26 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
<b>2013</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	241 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	177 (73 %)	158 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	64 (27 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
<b>2014</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	234 (100 %)	181 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	175 (75 %)	159 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	59 (25 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
<b>2015</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	232 (100 %)	189 (100 %)	93 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (75 %)	168 (89 %)	93 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	59 (25 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
<b>2016</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	234 (100 %)	189 (100 %)	77 (100 %)	21 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (74 %)	168 (89 %)	77 (100 %)	19 (90 %)
Staatlich/kommunal	61 (26 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	2 (10 %)

**Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern**

	<b>Sachsen</b>	<b>Sachsen- Anhalt</b>	<b>Schleswig- Holstein</b>	<b>Thüringen</b>
<b>2007</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	51 (100 %)	49 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	59 (75 %)	48 (94 %)	36 (73 %)	39 (100 %)
Staatlich/kommunal	20 (25 %)	3 (6 %)	13 (27 %)	0 (0 %)
<b>2008</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	50 (100 %)	49 (100 %)	40 (100 %)
Freie Trägerschaft	59 (75 %)	48 (96 %)	36 (73 %)	40 (100 %)
Staatlich/kommunal	20 (25 %)	2 (4 %)	13 (27 %)	0 (0 %)
<b>2009</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80 (100 %)	50 (100 %)	49 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	60 (75 %)	48 (96 %)	36 (73 %)	39 (100 %)
Staatlich/kommunal	20 (25 %)	2 (4 %)	13 (27 %)	0 (0 %)
<b>2010</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80 (100 %)	49 (100 %)	50 (100 %)	40 (100 %)
Freie Trägerschaft	61 (76 %)	47 (96 %)	37 (74 %)	40 (100 %)
Staatlich/kommunal	19 (24 %)	2 (4 %)	13 (26 %)	0 (0 %)
<b>2011</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	63 (78 %)	46 (96 %)	37 (74 %)	39 (100 %)
Staatlich/kommunal	18 (22 %)	2 (4 %)	13 (26 %)	0 (0 %)
<b>2012</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	78 (100 %)	48 (100 %)	51 (100 %)	36 (100 %)
Freie Trägerschaft	63 (81 %)	46 (96 %)	38 (75 %)	36 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (4 %)	13 (25 %)	0 (0 %)
<b>2013</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	78 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	35 (100 %)
Freie Trägerschaft	64 (82 %)	46 (96 %)	38 (76 %)	35 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (4 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
<b>2014</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	33 (100 %)
Freie Trägerschaft	65 (82 %)	46 (96 %)	38 (76 %)	33 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (4 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
<b>2015</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	44 (100 %)	50 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	65 (82 %)	42 (95 %)	38 (76 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
<b>2016</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	43 (100 %)	50 (100 %)	35 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	41 (95 %)	38 (76 %)	35 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)

**Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2016 nach Bundesländern**

	<b>Baden-Württemberg</b>	<b>Bayern</b>	<b>Berlin</b>	<b>Brandenburg</b>
Einkommensgrenzen	HV/HA = 1,5-facher Satz AL = 2facher Satz	2,0 x RS (Härfälle: 2,5 x RS) + Familienzuschläge 90 % v. RS + Unterkunftskosten	§ 53 AO	AL 5 x RS; Paare 4 x RS; HA 3 x RS; Grundlage: Bruttobezüge

	<b>Bremen</b>	<b>Hamburg</b>	<b>Hessen</b>	<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>
Einkommensgrenzen	HV = 2 x RS HA = 1 x RS + Unterkunftskosten	AL: 3 x RL HV/HA: 2 x RL Kinder: 1½ RL zzgl. Warmmiete	RS x 1,5 bzw. RS x 2 bei AL	1,5-facher RS bei HV und HA; 2-facher RS bei AL

	<b>Niedersachsen</b>	<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>Saarland</b>
Einkommensgrenzen	HV = 4,5 x RS HA = 2,5 x RS	HV=3 x RS HA=2 x 80 % RS HA (0-5 J.) =1,5 x 60 % RS HA (6-13 J.) =1,5 x 70 % RS HA (14-24 J.) =1,5 x 80 % RS AL=3,75 x RS +Kinderzuschlag	HV/HA = 1,5 x RS; AL = 2,0 x RS +Mehrbedarf für Schwangere + angem. KdU	AL 2,5 RS + KdU ansonsten 1,5 + KdU

	<b>Sachsen</b>	<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>Thüringen</b>
Einkommensgrenzen	HV/HA = 1,5 x RS AL = 2 x RS; zzgl. angem. Unterkunftskosten, Mehrbedarf ab 12. SSW, Mehrbedarf HV/HA bei Erwerbstätigkeit	HV/HA = 1,5 x RS AL = 2 x RS + angem. KdU	HV = 2 x RS AL = 3 x RS zzgl. Unterbringungskosten	HV/HA = 1,5 x RS und AL/HA = 2,0 x RS + Mehrbedarf für Schwangere + angem. KdU; Folgeanträge möglich

Abkürzungen

AL:	Alleinerziehende
angem.:	angemessene
AO:	Abgabenordnung
HA:	Haushaltsangehörige/r
HV:	Haushaltsvorstand
KdU:	Kosten der Unterkunft/Unterbringung
RL:	Regelleistung
RS:	Regelsatz
SSW:	Schwangerschaftswoche



Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2016 nach Bundesländern

Durchschnittsbetrag in Euro	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2007	1 047	867	574	460
2008	1 080	1 001	584	472
2009	1 110	1 080	644	465
2010	1 124	1 029	626	495
2011	1 085	1 250	599	536
2012	1 154	1 218	562	559
2013	1 071	1 251	559	509
2014	983	1 380	605	557
2015	759	1 210	628	661
2016	802	1 109	595	687

Durchschnittsbetrag in Euro	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2007	408	549	683	429
2008	421	559	694	417
2009	437	548	688	417
2010	454	619	684	435
2011	467	549	744	455
2012	459	525	758	478
2013	463	569	721	502
2014	450	537	689	535
2015	395	501	692	544
2016	381	483	595	589

Durchschnittsbetrag in Euro	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2007	487	598	860	656
2008	524	587	854	668
2009	543	605	840	731
2010	523	597	832	715
2011	548	616	953	751
2012	579	608	987	754
2013	557	590	942	725
2014	545	565	819	801
2015	545	526	805	713
2016	470	486	829	538

Durchschnittsbetrag in Euro	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2007	516	498	514	551
2008	587	467	524	618
2009	612	521	528	615
2010	616	514	517	630
2011	653	575	517	606
2012	738	550	517	678
2013	779	585	518	726
2014	779	595	519	746
2015	755	628	531	804
2016	713	622	465	778

**Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2016 nach Bundesländern**

<b>Aufteilung der Beträge</b>	<b>Baden-Württemberg</b>	<b>Bayern</b>	<b>Berlin</b>	<b>Brandenburg</b>
Bis 300 Euro	1 960 (12 %)	2 398 (15 %)	559 (7 %)	577 (11 %)
Bis 600 Euro	7 425 (47 %)	3 046 (19 %)	4 385 (51 %)	2 613 (50 %)
Bis 1 000 Euro	1 303 (8 %)	6 046 (37 %)	3 024 (35 %)	1 978 (37 %)
Bis 1 500 Euro	5 140 (32 %)	4 097 (25 %)	547 (6 %)	65 (1 %)
Über 1 500 Euro	191 (1 %)	628 (4 %)	37 (1 %)	38 (1 %)

<b>Aufteilung der Beträge</b>	<b>Bremen</b>	<b>Hamburg</b>	<b>Hessen</b>	<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>
Bis 300 Euro	1 654 (69 %)	539 (10 %)	763 (7 %)	336 (8 %)
Bis 600 Euro	479 (20 %)	3 931 (76 %)	6 570 (59 %)	2 259 (57 %)
Bis 1 000 Euro	251 (10 %)	674 (13 %)	3 584 (32 %)	942 (24 %)
Bis 1 500 Euro	13 (1 %)	41 (1 %)	195 (2 %)	392 (10 %)
Über 1 500 Euro	1 (0 %)	14 (0 %)	28 (0 %)	23 (1 %)

<b>Aufteilung der Beträge</b>	<b>Niedersachsen</b>	<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>Saarland</b>
Bis 300 Euro	4 488 (26 %)	4 650 (12 %)	710 (12 %)	691 (34 %)
Bis 600 Euro	8 552 (49 %)	28 714 (72 %)	2 466 (42 %)	952 (47 %)
Bis 1 000 Euro	3 576 (21 %)	5 777 (15 %)	1 138 (19 %)	215 (11 %)
Bis 1 500 Euro	663 (4 %)	495 (1 %)	1 027 (18 %)	148 (7 %)
Über 1 500 Euro	42 (0 %)	20 (0 %)	514 (9 %)	15 (1 %)

<b>Aufteilung der Beträge</b>	<b>Sachsen</b>	<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>Thüringen</b>
Bis 300 Euro	1 058 (15 %)	535 (10 %)	2 145 (31 %)	487 (12 %)
Bis 600 Euro	2 050 (30 %)	2 188 (41 %)	3 983 (57 %)	860 (22 %)
Bis 1 000 Euro	2 445 (36 %)	2 501 (47 %)	845 (12 %)	1 578 (41 %)
Bis 1 500 Euro	1 201 (17 %)	61 (1 %)	23 (0 %)	842 (22 %)
Über 1 500 Euro	136 (2 %)	19 (1 %)	3 (0 %)	123 (3 %)

**Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern**

Zentrale Vergabe	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

  

Zentrale Vergabe	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	nein	ja	nein	ja

  

Zentrale Vergabe	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	beides	ja	nein

  

Zentrale Vergabe	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

**Tabelle 32: Orientierungsrahmen**

Orientierungsrahmen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

  

Orientierungsrahmen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	ja	ja	ja	ja

  

Orientierungsrahmen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	ja	ja	ja

  

Orientierungsrahmen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	nein

**Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung**

Zusätzliche Mittel	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja (in Euro)/nein	nein	1 861 301	260 424	nein

  

Zusätzliche Mittel	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja (in Euro)/nein	nein	nein	nein	nein

  

Zusätzliche Mittel	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja (in Euro)/nein	nein	nein	348 000	nein

  

Zusätzliche Mittel	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja (in Euro)/nein	nein	4 450	nein	15 412

## VI. Tabellenverzeichnis

<b>Tabelle 1:</b>	<b>Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland.....</b>	<b>7</b>
<b>Tabelle 2:</b>	<b>Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland.....</b>	<b>8</b>
<b>Tabelle 3:</b>	<b>Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen (HiE) in Deutschland .....</b>	<b>8</b>
<b>Tabelle 4:</b>	<b>Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen in Deutschland .....</b>	<b>9</b>
<b>Tabelle 5:</b>	<b>Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland .....</b>	<b>9</b>
<b>Tabelle 6:</b>	<b>Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland .....</b>	<b>9</b>
<b>Tabelle 7:</b>	<b>Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen.....</b>	<b>10</b>
<b>Tabelle 8:</b>	<b>Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII.....</b>	<b>10</b>
<b>Tabelle 9:</b>	<b>Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland</b>	<b>11</b>
<b>Tabelle 10:</b>	<b>Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2016 .....</b>	<b>11</b>
<b>Tabelle 11:</b>	<b>Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel .....</b>	<b>12</b>
<b>Tabelle 12:</b>	<b>Orientierungsrahmen.....</b>	<b>12</b>
<b>Tabelle 13:</b>	<b>Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt</b>	<b>12</b>
<b>Tabelle 14:</b>	<b>Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern .</b>	<b>16</b>
<b>Tabelle 15:</b>	<b>Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern .....</b>	<b>17</b>
<b>Tabelle 16:</b>	<b>Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern.....</b>	<b>18</b>
<b>Tabelle 17:</b>	<b>Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern .....</b>	<b>19</b>
<b>Tabelle 18:</b>	<b>Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern .....</b>	<b>20</b>
<b>Tabelle 19:</b>	<b>Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern .....</b>	<b>21</b>
<b>Tabelle 20:</b>	<b>Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern .....</b>	<b>22</b>
<b>Tabelle 21:</b>	<b>Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern .....</b>	<b>23</b>
<b>Tabelle 22:</b>	<b>Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten, nach Bundesländern .....</b>	<b>24</b>
<b>Tabelle 23:</b>	<b>Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern.....</b>	<b>25</b>
<b>Tabelle 24:</b>	<b>Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen 2016 nach Bundesländern</b>	<b>26</b>
<b>Tabelle 25:</b>	<b>Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2016 nach Bundesländern .</b>	<b>26</b>
<b>Tabelle 26:</b>	<b>Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2016 nach Bundesländern.....</b>	<b>27</b>
<b>Tabelle 27:</b>	<b>Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern .....</b>	<b>28</b>
<b>Tabelle 28:</b>	<b>Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2016 nach Bundesländern .....</b>	<b>32</b>
<b>Tabelle 29:</b>	<b>Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2016 nach Bundesländern .....</b>	<b>33</b>
<b>Tabelle 30:</b>	<b>Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2016 nach Bundesländern ...</b>	<b>34</b>
<b>Tabelle 31:</b>	<b>Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern.....</b>	<b>35</b>
<b>Tabelle 32:</b>	<b>Orientierungsrahmen.....</b>	<b>35</b>
<b>Tabelle 33:</b>	<b>Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung .....</b>	<b>35</b>